

Berichte 2023 und 2024 der Kommission über Nordmazedonien

Nordmazedonien erlangte 1991 die Unabhängigkeit vom ehemaligen Jugoslawien. Im März 2004 hat das Land einen Antrag auf Beitritt zur EU gestellt und im Dezember 2005 wurde ihm der Status eines EU-Bewerberlands zuerkannt. Im Rahmen des Prespa-Abkommens vom Juni 2018 änderte das Land seinen Namen in Republik Nordmazedonien (Kurzform: Nordmazedonien). Im Gegenzug dafür beendete Griechenland sein Veto gegen den EU- und NATO-Beitritt des Landes. Die erste Regierungskonferenz am 19. Juli 2022 war der Auftakt zu den Beitrittsverhandlungen. Die neu gewählte Präsidentin trat im Mai 2024 ihr Amt an, im Juni 2024 wurde eine neue Regierung gebildet. Unter der Leitung des Vorsitzenden der Partei VMRO-DPMNE des rechten Spektrums, Hristijan Mickoski, setzt sie die Beitrittsverhandlungen und – langsamer als frühere Regierungen – die Reformagenda fort. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET-Ausschuss) des Europäischen Parlaments nahm seinen Bericht über die Berichte 2023 und 2024 der Kommission über Nordmazedonien am 24. Juni 2025 an. Eine Aussprache und Abstimmung über den Bericht sollen im Juli im Plenum stattfinden.

Hintergrundinformationen

Im Anschluss an das [Gipfeltreffen EU-Westbalkan](#) von 2003, in dem die europäische Perspektive für die gesamte Region bekräftigt wurde, stellte die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien 2004 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft. Das Land erhielt 2005 den Status eines [EU-Bewerberlandes](#) und 2009 die Visafreiheit für Einreisen in den Schengen-Raum. Verhandlungen über einen möglichen EU-Beitritt waren jedoch lange Zeit keine Option für die Regierung in Skopje, vor allem aufgrund des Streits mit Griechenland über die Verwendung des Namens „Mazedonien“. Mit dem Inkrafttreten des [Prespa-Abkommens](#) im Februar 2019 wurde diese bilaterale Angelegenheit jedoch gelöst. Infolgedessen wurde Nordmazedonien im März 2020 Mitglied der [Nordatlantikvertrags-Organisation](#) (NATO) und beschleunigte sein Tempo auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft.

Seit dem Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine hat Nordmazedonien seine vollständige Angleichung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU fortgesetzt. In den Berichten der Kommission für [2023](#) und [2024](#) wird betont, dass das Land in einem komplexen geopolitischen Kontext während seiner Amtszeit als [Vorsitz](#) in der [Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa](#) (OSZE) eine aktive Rolle gespielt hat. Der Kommission zufolge haben die Auswirkungen des Krieges, einschließlich der hohen Energie- und Rohstoffpreise, die Wirtschaft des Landes stark belastet. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts [verlangsamte sich](#) von 2,2 % im Jahr 2022 auf 1 % im Jahr 2023, stieg aber 2024 auf 2,76 %. Sie stellt fest, dass die laufenden Verfassungsreformen, die darauf abzielen, Bürgerinnen und Bürger, die innerhalb der Staatsgrenzen leben und eine andere Nationalität haben, wie z. B. Bulgaren, in die Verfassung einzubeziehen, aufgrund der starken politischen Polarisierung zu keinem Ergebnis führen.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Der AFET-Ausschuss hat seinen [Bericht](#) 2025 über Nordmazedonien (Berichterstatter: Thomas Waitz, Österreich, Verts/ALE) am 24. Juni 2025 [angenommen](#). In dem Bericht wird der Wunsch Nordmazedoniens, der EU beizutreten, unterstützt und es wird betont, dass das Land ein vertrauenswürdiger Partner ist, der sich vollständig an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU angeglichen hat. Der AFET-Ausschuss fordert, dass die Beitrittsverhandlungen zügig vorgebracht werden, weist jedoch darauf hin, dass es wichtig ist, die vereinbarten Verfassungsänderungen anzunehmen. Er fordert alle politischen Parteien in Nordmazedonien auf, in einen konstruktiven Dialog einzutreten, um den notwendigen Konsens über diese Änderungen zu erzielen und so den multiethnischen Charakter des Landes zu stärken und seine Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft zu beschleunigen. Der AFET-Ausschuss begrüßt die neue [Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan](#), durch die Nordmazedonien 750 Mio. EUR an



EPRS Berichte 2023 und 2024 der Kommission über Nordmazedonien

Zuschüssen und Darlehen zur Verfügung gestellt werden. Schließlich stellt der Ausschuss mit großer Besorgnis fest, dass sich die Bilanz des Landes bei der Korruptionsbekämpfung verschlechtert hat, was insbesondere auf die Änderungen des Strafgesetzbuches zurückzuführen ist. Diese haben den rechtlichen Rahmen derart geschwächt, dass viele laufende Verfahren eingestellt werden mussten und das Vertrauen in die Justiz anhaltend sehr gering ist.

Initiativbericht: [2025/2021\(INI\)](#); federführender Ausschuss: AFET; Berichtersteller: Thomas Waitz (Österreich, Verts/ALE).